

GEGENSTANDPUNKT & DISKUSSION

Die politische Vierteljahreszeitschrift GegenStandpunkt lädt ein zu Vortrag und Diskussion.

„Wählen ist verkehrt“:

Die Wahl - Eine Sternstunde demokratischer Herrschaft

Die nationale Führung lässt wählen

Das Volk bekommt, was es immer bekommt: Eine neue Regierung

Referentin: Margaret Wirth, GegenStandpunkt

Zeit: Do, 19.9.13, 19.00 Uhr Ort: Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 b, Bremen

Termine in 2013: 31.10. 21.11. 12.12.

Demnächst wird in Deutschland wieder gewählt, das Herz jedes guten Staatsbürgers schlägt höher – oder *sollte* es wenigstens, glaubt man der offiziell verbreiteten guten Meinung über die Wahl. Immerhin handelt es sich bei diesem nationalen Großereignis um das Kernstück der Demokratie. Durch Wahlen, so heißt es, zeichnet sich diese Staatsform vor allen anderen aus: Sie *legitimieren* die Ausübung der politischen Macht. In der Demokratie wird nicht einfach regiert – das Volk erteilt per Abstimmung höchstförmlich den *Auftrag* zur Wahrnehmung der Staatsgeschäfte. Dafür wird die Demokratie geschätzt und gelobt, das verleiht der demokratischen Herrschaft ihr besonderes Gütesiegel. Das *unterscheidet* sie zum Guten von Ländern, in denen die Herrschaft ihr Volk nicht ordentlich oder gar nicht wählen lässt: Da, so hört man, herrschen üble, menschenfeindliche Verhältnisse.



Neu im Buchhandel

241 Seiten

€ 14,80

ISBN

978-3-929211-13-9

Vom *Wählendürfen* soll also abhängen, was das Volk von seiner Regierung hat. Besonders *glaubwürdig* ist dieses Lob der Wahl nicht. Nicht einmal diejenigen, die sich als Politiker und Wähler an dieser nationalen Großveranstaltung beteiligen, scheinen so recht an ihr eigenes Lob zu glauben:

Von einer allgemeinen Begeisterung darüber, dass jetzt endlich wieder gewählt werden darf, ist ja in Wahrheit weder bei den Regierenden noch beim Volk etwas zu bemerken. Ganz im Gegenteil – so dass im deutschen Blätterwald *ein* Urteil über diese Wahl ziemlich durchgesetzt ist. Da heißt es, dieser Wahlkampf sei „der langweiligste aller Zeiten“ - so dass man sich schon fast wundern muss, warum diese Veranstaltung überhaupt stattfindet. Jedenfalls führen sich weder Volk noch Führung so auf, als hätte *ihnen* die Wahl jetzt gerade gefehlt:

- Die an der Macht befindlichen politischen Führer bekunden, dass sie die ganze Veranstaltung eigentlich ziemlich lästig finden. Sie lassen verlauten, dass sie eigentlich Wichtigeres zu tun haben als sich wieder einmal dem Votum des Volkes zu stellen: Eine Eurokrise muss bewältigt werden, in Syrien, Ägypten und anderswo muss für Ordnung gesorgt werden, da passt es eigentlich gar nicht, so lassen sie durchblicken, jetzt Wahlkampf zu machen und das Volk zum Urnengang zu agitieren. Wenn dann der Wahlkampf los geht, machen die Kandidaten aller Couleur keinen Hehl daraus, worum es ihnen dabei geht: *Für sie* ist die Wahl eine Gelegenheit, in ein Amt zu kommen, sich auf Kosten der Konkurrenz zu profilieren und durchzusetzen. Und die Presse findet gar nichts dabei, die Politiker danach zu begutachten, wer dabei die beste Schau abzieht.

- Die zum Urnengang aufgerufenen Bürger führen sich ihrerseits überhaupt nicht so auf, als hätten sie das dringende Bedürfnis, endlich ihre Rolle als Souverän einmal wieder spielen zu dürfen. Klar, einfach zufrieden mit der herrschenden Politik ist keiner so recht. Aber Finanzkrise hin, Renten her: Umfragen ergeben, dass die Mehrheit der Wähler es gut noch eine Weile mit Merkel und Schäuble aushalten würden. Ihretwegen bräuchte es die

Wahl also überhaupt nicht - zumal die meisten Wähler ohnehin die Wahlen als ziemlichen Schwindel betrachten, den *sie* längst durchschaut haben. Da lassen sich aufgeklärte Wähler nichts vormachen: Dass aufgrund der Abstimmung *ihr Wille* geschieht, wenn die Regierenden sich ans Regieren machen, behauptet keiner so recht. So „naiv“ will keiner sein, dass er sich vormacht, mit seiner Stimmabgabe könne er Politiker wirklich auf irgend etwas verpflichten; den Spruch, dass „die da oben doch machen, was sie wollen“, weiß noch jeder gute Staatsbürger herzusagen.

Doch schlechte Meinung hin oder her, am Wahlsonntag *treffen* die Wähler ihre Wahl. So wollen dann doch die allermeisten, die vorher verächtlich über wahlkämpfende Politiker herziehen, einen Unterschied zwischen den verschiedenen politischen Figuren kennen und sich lieber von der einen regieren lassen als von dem anderen.

Merkwürdig ist das schon. Die abgrundtief schlechte Meinung von der Wahl steht ja nicht nur in ziemlichem Kontrast zum Lob der Wahl als Gütesiegel der Demokratie. Es steht vor allem in ziemlichem Kontrast zu der *wirklichen Bedeutung*, die dieser Veranstaltung im politischen Leben der Nation zukommt. Da wird ja immerhin über nichts weniger entschieden als darüber, *wer regiert*: Wer die Macht im Lande ausübt, den nationalen Haushalt verwaltet, über Steuern, Renten, Krieg und Frieden, über sämtliche Lebensbedingungen der Leute im Lande entscheidet. Die Entscheidung *darüber*, wer *das* demnächst darf, ist tatsächlich das Resultat der Summierung aller einzelnen Wahlkreuze. Und wenn die Stimmen zu Regierungen oder Koalitionen gebündelt sind, dann ist erreicht, was erreicht werden soll: Die *Ermächtigung* einer Politikerriege durch das Wahlvolk zur Führung der Staatsgeschäfte, also zur Herrschaft über das Volk.

Worum geht es also bei der Wahl?

Was leistet sie für die politische Herrschaft in der Demokratie – und was für den Wähler?

Die Klärung dieser Fragen wird ergeben, warum in der Demokratie soviel Wert auf die Beteiligung des Volkes bei der Auswahl der politischen Führung gelegt wird – und woran die Freiheit des Wählens ihre Grenzen hat.

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

2-13

Das Menschenrecht

Das nächste Kapitel der Krise und der Krisenpolitik Europas
Zypern – Definition und Abwicklung
eines für die EU untragbaren Geschäftsmodells

Italien – das Ende
eines prekären europäischen Erfolgswegs

Großbritannien – Vom Kampf der Nation
um ihren Kredit und um den Nutzen
ihrer Mitgliedschaft in der EU

Bildung, Wasser, Gesundheit, Wohnen ... ist keine Ware!
Amazon: Skandalöse Zustände bei der kapitalistischen Ausbeutung
„Mindestlohn hilft Armen nicht“
Von wegen Altersarmut! Öffentliche Antikritik
„Desaster“ am Flughafen Berlin: Kann der Staat nicht planen?
Vom Zusammenhang zwischen Deutschlands Triple A
an den Finanzmärkten und der Roma-Frage
Flugblatt zu den Protesten anlässlich des NSU-Prozesses
Die Kette der Skandale beim Verfassungsschutz reißt nicht ab!
Uli Hoeneß im Spannungsfeld von Moral, Staat und Finanzkapital

Keine Woche vergeht, ohne dass irgendwo Menschenrechtsverletzung anklagt werden. Gegenstand der Anklagen sind Gemeinheiten, die eine Herrschaft sich gegen ihre Untertanen herausnimmt. Ins Feld geführt werden aber nicht geschädigte Interessen, sondern ein verletztes allerhöchstes Recht, das Herrschaft ver-

pflichte, damit aber auch rechtfertige – oder bei Missachtung delegitimiere. Angeklagt werden in der Regel Politiker anderswo, auswärtige Regierungen und „selbsternannte“ Machthaber. Ankläger Journalisten und Sprecher von Vereinen, die sich der Verbesserung der Sitten in der Staatenwelt verschrieben haben, aber auch Politiker, die für sich den Respekt vor der rechtlichen Menschennatur und damit das Recht, über andere Souveräne zu urteilen, reklamieren; in der Regel sind sie im Freien Westen zu Hause. Die Strafgewalt der demokratischen Weltöffentlichkeit ist mehr ideeller Natur: Rufschädigung. Wenn aber machtvolle Staatsgewalten als Ankläger auftreten, erklären sie sich nicht selten gleich selber zum Richter und zum Exekutor ihrer Urteile wegen verletzter Menschenrechte anderswo. In deren Namen üben sie daheim die Gewalt über ihr Volk aus, die sie für geboten halten; in deren Namen kritisieren sie die Herrschaft anderer Staaten über deren Volk, erklären ihm ihre Feindschaft und führen Krieg. Bleibt zu klären, worin diese Idee eines dem Menschen zukommenden staatsverpflichtenden Rechts besteht und was sie für wen leistet – nach innen und nach außen.